

Dringlicher Antrag

eingbracht von Gemeinderätin **Sabine Reininghaus**
in der Gemeinderatssitzung am 21. September 2023

Betreff: **Gebühren-Erhöungs-Stopp für das Jahr 2024**

In der kürzlich abgehaltenen Nationalrats-Sondersitzung kündigte die Bundesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung (<https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Sondersitzung-des-Nationalrats-Parteien-suchen-Rezepte-gegen-die-Teuerung/>) an. So will die Bundesregierung den österreichischen Kommunen mit 150 Millionen Euro unter die Arme greifen, um ihnen den Verzicht auf weitere Gebührenerhöhungen im nächsten Jahr zu ermöglichen.

Zieht man zur Berechnung der Fördersumme den Anteil der Grazer Bevölkerung (298.479 Einwohner:innen) im Verhältnis zur österreichischen Gesamtbevölkerung (9.104.772 Einwohner:innen) heran, dann erhält die Stadt Graz exakt 4.917.405 Euro (<https://wibis-steiermark.at/bevoelkerung/struktur/einwohner-gesamt/>).

Rund 5 Millionen Euro also, um beispielsweise einen Gebühren-Erhöungs-Stopp 2024 bei Wasser, Kanal und Müllentsorgung umzusetzen. So würde insbesondere die Mitte der Gesellschaft (Familien, KMUs, etc.), die derzeit besonders unter der Teuerung leidet, entlastet werden.

Dabei legte der Rechnungsabschluss der Stadt Graz für das Jahr 2022 sogar offen, dass die Stadt durch unerwartete Mehreinnahmen zu den "Gewinnern der Krise" zählte. Mehreinnahmen wohlbemerkt, die durch gestiegene Kosten von den Grazerinnen und Grazern finanziert wurden.

Jetzt ist es an der Zeit, die Grazerinnen und Grazer zu entlasten und dafür die 5 Millionen Euro aus dem Bund abzuholen. Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung eines Gebühren-Erhöungs-Stopps für das Jahr 2024 prüfen, um die unter der Teuerung leidenden Grazerinnen und Grazern zu entlasten.